

WAS IST DEMOKRATIE?



FANABEZANA
OLOM-PIRENENA



WAS IST DEMOKRATIE?

Autoren:

**Paula Becker (Bachelor of Arts, Politikwissenschaft, Universität
Hamburg)**

und

Dr. Jean-Aimé A. Raveloson

Realisiert von KMF-CNOE & NOVA STELLA

in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
und unter Mitwirkung von Friedel Daiber, Universität Trier

Koordination: Jean-Aimé A. Raveloson

Antananarivo, September 2008

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Was ist Demokratie?	4
2. Schlüsselemente demokratisch organisierter Staaten	4
2.1 Grundfreiheiten und Grundrechte	4
2.2 Wahlen	6
2.3 Rechtsstaat	9
2.4 Gewaltenteilung	10
2.5 Das Parlament	11
2.6 Demokratischer Pluralismus	13
2.7 Regierung und Opposition	14
2.8 Öffentlichkeit und freie Medien	16
3. Demokratie erhält sich nicht von alleine!	17
3.1 Dezentralisierung	18
3.2 Demokratische Regierungsführung	19
3.3 Politische Bildung	21
4. Gehört die Zukunft der Demokratie?	22
Bücher, Artikel und Weblinks	25

Einleitung

Unter den 193 Ländern dieser Erde, die von den Vereinten Nationen anerkannt werden, gibt es 123 Demokratien (www.freedomhouse.org). Über die Hälfte aller Staaten hat demnach eine Herrschaftsform etabliert, bei der das Volk in irgendeiner Form an der Regierung beteiligt ist. Doch was genau versteht man eigentlich unter dem Begriff Demokratie? Jeder und jede hat sicherlich seine eigene Vorstellung davon, was Demokratie bedeutet. Doch wie lässt sie sich genau erklären? Was gehört zu einer Demokratie? Welche Elemente sind notwendig um sie zu etablieren und welche Aktivitäten sind notwendig um sie zu konsolidieren? Was sind ihre Vorteile und wo liegen ihre Schwächen?

Die vorliegende Broschüre geht diesen und anderen Fragen auf den Grund und will dabei Licht in den schwer überschaubaren Dschungel von Informationen bringen, die sich mit dem Thema Demokratie befassen. Dieses Heft soll in erster Linie „Demokratie-Einsteigern“ einen Überblick geben. Nach einer kurzen einleitenden Erklärung des Begriffs werden Schlüsselemente der Demokratie genauer beleuchtet:

In einem weiteren Abschnitt wird darauf eingegangen, wie eine bestehende Demokratie am Leben erhalten werden kann. Dies ist nicht ohne die Beteiligung der Bevölkerung möglich. Gerade deswegen ist es wichtig, dass Du als junges und aktives Mitglied der Gesellschaft gut informiert bist.

Abschließend erläutern wir einen Punkt, der dich mit Sicherheit interessieren wird: Wir fragen nach den Perspektiven der Demokratie.

Wir hoffen dein Interesse geweckt zu haben. Viel Spaß beim Lesen.

1. Was ist Demokratie?

Der Begriff Demokratie stammt aus dem Griechischen und setzt sich aus den beiden Wörtern *demos*= Volk und *kratein*= herrschen zusammen. Man kann Demokratie wortwörtlich also mit den Begriffen *Volksherrschaft* oder *Herrschaft des Volkes* gleichsetzen. Die Demokratie als Staatsform steht in Abgrenzung zur Monarchie, Aristokratie und Diktatur. Vielleicht hast Du schon einmal die bekannteste Definition von Demokratie gehört: „*government of the people, by the people, for the people*“ (Abraham Lincoln). Vereinfacht übersetzt kann man sagen: Die Herrschaft geht aus dem Volk hervor, wird durch das Volk selbst und in seinem Interesse ausgeübt. Diese Beschreibung ist erstmal sehr allgemein, aber auf den nächsten Seiten werden Dir die verschiedenen Facetten der Demokratie genauer beschrieben.

2. Schlüsselemente demokratisch organisierter Staaten

2.1 Grundfreiheiten und Grundrechte

Menschenrechte sind mehr als nur ein Bestandteil der Demokratie. Sie sind Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Systems. Die Entwicklung und Konsolidierung von Menschenrechten ist nur möglich, wenn die Menschen in einer Demokratie leben, da sie nur dort ihre Gesetze selbst gestalten und die drei Gewalten - Legislative (gesetzgebende Gewalt, in Madagaskar das Parlament), Exekutive (ausführende Gewalt, in Madagaskar der

Staatspräsident und die Regierung) und Judikative (rechtssprechende Gewalt, also z.B. das Hohe Verfassungsgericht) - öffentlich kontrollieren können. Außerdem können Menschenrechte nur dann wirksam sein, wenn die Staatsgewalt an ein Recht gebunden ist und alle Menschen vor diesem Gericht gleich behandelt werden. Für eine unabhängige Justiz ist in Demokratien wiederum eine Gewaltenteilung notwendig. Daraus ergibt sich ein Dreieck aus Demokratie, Menschenrechten und Gewaltenteilung, welche in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander stehen.

Aber könntest Du nun schon genau beschreiben, was Menschenrechte eigentlich sind? Rein definitorisch bezeichnen sie dem Individuum zustehende Rechte auf Schutz vor Eingriffen des Staates, die ab der Geburt eines jeden Menschen gültig sind und ihm durch den Staat nicht aberkannt werden können. Sie bilden die Grundlage des Zusammenlebens aller Menschen, ob auf internationaler, nationaler, lokaler oder familiärer Ebene. Sie umfassen verschiedene Bereiche, die wir Dir im Folgenden kurz erklären:

- Die *Persönlichkeitsrechte* bilden den Kern der Menschenrechte, da sie zum Beispiel das Recht auf Leben und das Recht auf eine freie Entfaltung der Persönlichkeit beinhalten. Durch sie soll der Mensch z.B. vor gewalttätigen Übergriffen geschützt und in seiner Menschenwürde unangetastet bleiben.
- Die *politischen und zivilen Rechte* sollen sicherstellen, dass jeder Bürger ungehindert am politischen Leben seiner Gemeinschaft teilnehmen kann. Dies bedeutet, dass er oder sie keine Angst vor einer ungerechtfertigten Bestrafung haben muss. Besonders wichtig sind hier sowohl die Meinungs- und Pressefreiheit als auch die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.
- Mit Hilfe der *sozialen und ökonomischen Rechte* soll die Grundversorgung aller Menschen zum Überleben gesichert werden. Das Recht auf Bildung wird unter anderem auch hierzu gerechnet, da davon ausgegangen wird, dass ein Mensch, um später nicht hungern zu müssen, eine Ausbildung benötigt.
- Relativ neu sind die sog. *Rechte der dritten Generation*. Sie sollen zeigen, dass die Menschenrechte sich weiterentwickeln können und nicht für immer auf ihrem ursprünglichen Stand bleiben. Dazu zählen zum Beispiel die *Entwicklungsrechte*, welche eine Verkleinerung der Kluft zwischen Arm und Reich bezwecken sollen. Des Weiteren zählen dazu *Umweltrechte*, welche sicherstellen sollen, dass die Lebensräume der Menschen nicht beschädigt oder gar zerstört werden.

Das hört sich alles ganz gut an, doch Du fragst Dich sicherlich, wie diese Rechte durchgesetzt werden können. Als reine Leerformeln bringen Sie den Menschen wenig Nutzen. Da hast Du Recht und auch dafür gibt es Regeln: 1945 wurden auf Anregen mehrerer Staaten hin die „Vereinten Nationen“ gegründet, der heute fast alle Staaten der Erde angehören. Dieser Zusammenschluss hat 1948 die „*Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*“ veröffentlicht, die seitdem ständig erweitert wurde. Für ihre Überwachung wurden einige Kommissionen, Unterkommissionen und Komitees gebildet, wie z.B. das „*Komitee der Kinderrechte*“. Für den Fall, dass von staatlicher Seite gegen die Menschenrechte verstoßen wird, gibt es den Internationalen Gerichtshof in Den Haag/Niederlanden, welcher befugt ist, Urteile auszusprechen.

Unterstützt werden die Vereinten Nationen von einer Vielzahl von Nicht-Regierungs-Organisationen (abgekürzt NGOs im Englischem oder ONG im Französischem), die durch

die Mitarbeit von weltweit aktiven Menschenrechtsschützern Berichte über Verstöße gegen die Menschenrechte veröffentlichen und damit Regierungen dazu bringen können, Menschenrechtsverletzungen nicht weiter zu dulden.

Darüber hinaus gibt es viele regionale Abkommen, die auf den Schutz der Menschenrechte abzielen, wie z.B. die „*Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker*“ (http://www.africa-union.org/About_AU/au_in_a_nutshell.htm). Diese wurde 1981 innerhalb der Organisation der Afrikanischen Einheit, später umbenannt in „Afrikanische Union“, angenommen und soll besonders die Werte afrikanischer Kultur berücksichtigen. Zur Überwachung dieses Abkommens wurden innerhalb der Organisation ein Komitee und ein Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker eingerichtet. Letzterer wurde 2004 auf allgemeinen Beschluss hin mit dem „Afrikanischen Gerichtshof“ zusammengelegt.

In Madagaskar gib es formell mehrere NGOs und Vereine, die sich für die Achtung der Menschenrechte einsetzen.

2.2 Wahlen

Wahlen bilden eine der wichtigsten Stützen für die Demokratie. Wie sie im Einzelnen organisiert sind und wie die abgegebenen Stimmen in Sitze im Parlament umgerechnet werden, wird durch das *Wahlrecht* festgeschrieben. Dieses teilt sich in ein aktives und ein passives Wahlrecht. Staatsbürger mit aktivem Wahlrecht dürfen wählen und jene mit passivem Wahlrecht dürfen gewählt werden. In den meisten Fällen werden beide Rechte der gesamten Wählerschaft gewährt. Jedoch ist nicht jeder Staat, in dem Wahlen stattfinden, gleich demokratisch- es gibt auch andere Regierungsformen, in denen gewählt wird. Demokratische Wahlen müssen bestimmte Bedingungen erfüllen, die Dir vielleicht bereits bekannt sind:

- Demokratische Wahlen sind *frei*, wenn die Staatsbürger zwischen mehreren Kandidaten oder politischen Parteien wählen können, die sich ohne Einschränkung aufstellen lassen konnten. Ebenso können sie frei entscheiden, ob die Wähler ihr Recht zu wählen wahrnehmen oder sich enthalten möchten.
- Demokratische Wahlen sind *gleich*, wenn jeder wahlberechtigte Staatsbürger über eine Stimme verfügt und weder seine Abstammung noch sein Geschlecht, Sprache, Einkommen oder Besitz, Beruf, Stand oder Klasse, sexuelle Identität, Bildungsniveau, Religion und politische Überzeugung einen Einfluss auf die Gewichtung der Stimme haben. Jede Stimme hat den gleichen Wert.
- Bei demokratischen Wahlen darf nicht feststellbar sein, für welche politische Partei oder für welchen Kandidaten der einzelne Staatsbürger votiert hat. Sie sind also *geheim*, wenn jeder Wähler unbeobachtet und unbeeinflusst in einer Wahlkabine seinen Stimmzettel in einen Umschlag einlegen und anschließend in die Wahlurne einwerfen kann.
- Des Weiteren sind demokratische Wahlen *öffentlich* und *transparent*. Dies bedeutet zum einen, dass jeder Staatsbürger das Recht hat, die Auszählung der Wahlurnen zu beobachten. Zum anderen bedeutet es, dass der Weg der Wählerstimmen von den eingeworfenen Stimmzetteln über die Auszählung bis zur Bildung von Gesamtsummen und der Berechnung einer eventuellen Sitzverteilung vollständig nachvollziehbar sein muss.

Neben diesen Bedingungen ist es wichtig, dass demokratische Wahlen periodisch erfolgen. Jeder weiß Bescheid, wann die nächste Wahl stattfindet, um sich darauf rechtzeitig vorbereiten zu können. Es wird somit sichergestellt, dass es sich immer um eine "Herrschaft" auf Zeit handelt und die Bevölkerung die Möglichkeit hat, eine Regierung abzuwählen. Die Wählerschaft sollte die gesamte Bevölkerung repräsentieren, das heißt, außer den Minderjährigen sollten keine Gruppen ausgeschlossen sein.

Schließlich sollten die Stimmen der Wählerschaft *definitiv* sein. Wir verstehen darunter, dass die Ergebnisse der Wahlen auch tatsächlich umgesetzt werden. Das setzt voraus, dass die Wahlergebnisse von allen als legitim akzeptiert werden.

Für die Durchführung von Wahlen gibt es im Wesentlichen zwei verschiedene Systeme: die Mehrheitswahl und die Verhältniswahl. Ihnen kommt eine wichtige Bedeutung zu. Sie beeinflussen einerseits die politische Struktur und andererseits den Prozess der politischen Willensbildung. Bei der Bestimmung des Wahlsystems müssen politische Traditionen, historische Situationen und gesellschaftliche Bedingungen berücksichtigt werden, da sie eventuell nur eine der beiden Möglichkeiten zulassen. Sowohl die innerparteiliche Ordnung als auch das Verhältnis der politischen Parteien zueinander und die Beziehung von Regierung und Parlament variieren, je nach Umsetzung der Mehrheitswahl oder Verhältniswahl. Wird eine Wahl über das Wahlsystem manipuliert, verliert sie ihre Hauptfunktion. Die „gewählten“ Organe besitzen keine Legitimität.

Beim Mehrheitswahlsystem wird das Wahlgebiet in so viele Wahlkreise eingeteilt, wie es Sitze (zum Beispiel im Parlament) gibt. Jene Kandidaten oder Kandidatenlisten, welche im Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigen können, erhalten die zur Verfügung stehenden Sitze. Dieses Wahlsystem bringt mehrere Vorteile mit sich:

- Die Kandidaten sprechen mit ihrem Programm eine breite Masse an, um die Mehrheit zu bekommen. Dementsprechend sind die Inhalte in der Regel gemäßigt, extreme Ansichten werden vermieden.
- Es entstehen in der Regel klare Mehrheitsverhältnisse.
- Wegen einer klaren Mehrheit stellt meistens eine politische Partei die Regierung. Der Einfluss der Wähler auf die Regierungsbildung ist in diesem System groß. Eine Mehrheitswahl finden wir oft bei einem Zweiparteiensystem.
- Im Fall eines kandidaten- und nicht listenbezogenen Votums existiert eine enge Bindung zwischen Parlament und Wahlkreis. Die Distanz der Wähler zu ihren Repräsentanten wird gering gehalten.

Aus der Mehrheitswahl ergeben sich jedoch auch einige Schwierigkeiten:

- Es gelingt in der Regel nur den Angehörigen einer großen politischen Partei, die Mehrheit der Stimmen in einem Wahlkreis auf sich zu vereinigen.
- Durch das Mehrheitsprinzip werden Minderheiten oftmals nicht im zu wählenden Organ (im Parlament zum Beispiel) vertreten. Außerdem werden Wählergruppen, die eigentlich groß sind, aber in ihrem Wahlkreis nur an zweiter Stelle stehen, nicht repräsentiert, da immer nur ein Kandidat in jedem Wahlkreis gewinnen kann.

- Wahlergebnisse können durch politisch motivierte Manipulationen der Wahlkreisgröße verfälscht werden (von Seiten der Regierenden), da sich die Mehrheiten in den Wahlkreisen bilden.

Bei der Verhältniswahl werden die Sitze im Parlament nach dem prozentualen Anteil der politischen Parteien an den Stimmen der gesamten Wählerschaft verteilt. Die Sitzverteilung (im Parlament zum Beispiel) spiegelt mehr als beim Mehrheitswahlssystem das Meinungsbild der Bevölkerung wider. Die Kandidaten werden in ihren Wahlkreisen über Listen gewählt. Wie bei der Mehrheitswahl ergeben sich aus diesem System einige Vorteile:

- Durch die Verhältniswahl können alle politischen Strömungen vertreten werden, auch Minderheiten.
- Die Neugründung von politischen Parteien wird durch dieses System vereinfacht. Nach dem Verhältniswahlrecht reicht es aus, in verschiedenen Wahlkreisen einige Prozent der Stimmen zu erlangen, die somit den Einzug in das zu wählende Gremium erhalten können.
- Extreme politische Umschwünge werden bei Neuwahlen vermieden, da sich die Regierung in der Regel aus Koalitionen zusammensetzt, insbesondere in politischen Systemen, in denen die parlamentarische Mehrheit die Regierung bildet.

Auch bei der Verhältniswahl gibt es jedoch Schwierigkeiten:

- Durch die Berücksichtigung aller politischen Strömungen ist oft eine Vielzahl von politischen Parteien im Parlament vertreten. In der Regel kann keine dieser politischen Parteien die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. Aus diesem Grund werden Koalitionen gebildet. Häufig werden kleinere politische Parteien als Mehrheitsbeschaffer ausgesucht, welche dann in der Regierung über überproportionalen Einfluss verfügen können.
- Für die Bevölkerung ist es schwierig zu überblicken, welche politische Partei genau für welche Politik verantwortlich ist und kann sie auf Grund dessen nicht gezielt abwählen.

In einigen Ländern, so zum Beispiel in Deutschland, wird das Verhältniswahlrecht mit der sogenannten „Sperrklausel“ angewandt. Diese legt fest, dass eine politische Partei eine bestimmte Anzahl von Stimmen (umgerechnet in Prozente) erhalten muss, um überhaupt ins Parlament einziehen zu dürfen. Dies soll verhindern, dass es eine unüberschaubare Anzahl von politischen Parteien im Parlament gibt.

In Madagaskar wurden bisher generell beide Wahlrechtssysteme auf listen- und oder Kandidaten bei den Parlamentswahlen kombiniert angewandt. Bei den Parlamentswahlen von 2002 wurde zum Beispiel das Mehrheitswahlssystem auf Kandidatenbasis in Wahlkreisen angewandt, in denen ein Sitz zu vergeben war. In Wahlkreisen, in denen zwei Sitze zur Disposition standen, wurde das Kandidatenlisten-bezogene Verhältniswahlssystem umgesetzt. Bei den Parlamentswahlen vom September 2007 wurde das Mehrheitswahlssystem auf Kandidatenlistenbasis in Wahlkreisen angewandt, in denen zwei Sitze zu vergeben waren. In Wahlkreisen hingegen, in denen nur einen Sitz zur Disposition stand, wurde das kandidatenbezogene Mehrheitswahlssystem angewandt. Das Verhältniswahlssystem wurde in Madagaskar erstmals bei den Parlamentswahlen von 1993

zur Förderung der neu gegründeten Parteien im Rahmen der politischen Liberalisierung verwendet.

Wie Du siehst, gibt es verschiedene Formen, in denen eine Demokratie realisiert werden kann. Es gibt kein allgemein gültiges Rezept für die Wahl zwischen den beiden Systemen. Jedes Land muss unter Berücksichtigung der kulturellen, politischen und sozialen Umstände vor Ort entscheiden, wie die Wahlen am besten durchgeführt werden können.

2.3 Rechtsstaat

In einem Rechtsstaat gibt es Grundsätze und Verfahrensweisen, welche die Freiheit des Einzelnen sicherstellen und die Partizipation am politischen Leben gewährleisten. An erster Stelle steht hier das Recht auf freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Die Macht des Staates ist also umfassend an Gesetze gebunden. Damit steht der Rechtsstaat im direkten Gegensatz zum „Polizei- oder Willkürstaat“.

In einem demokratischen Rechtsstaat sind vor dem Gesetz alle Bürger gleich, auch die Inhaber öffentlicher Ämter in Staat und Verwaltung. Die Behörden dürfen nur handeln, wenn ihnen von Gesetz oder Verfassung die Zuständigkeit verliehen wurde. Insofern ist ein Rechtsstaat auch immer ein Gesetz- und Verfassungsstaat. Auf diese Art macht er das staatliche Handeln für die Bürger berechenbar und gibt ihnen die Chance, sich darauf im Vorhinein einzustellen. In dieser staatlich geregelten Ordnung ist es den Bürgern außerdem möglich, ungezwungen am politischen Leben mitzuwirken.

Die rechtsstaatlichen Verfahrensweisen stehen unter gewissen Grundprinzipien, die hier kurz erklärt werden sollen.

In der Verfassung eines demokratischen Rechtsstaats ist die *Unabhängigkeit der Justiz* verankert. Dies bedeutet, dass die Rechtssprechung strikt von der Exekutive und der Legislative getrennt ist. Unter Exekutive ist - wie wir bereits oben erfahren haben - die durchführende Gewalt zu verstehen und unter Legislative die gesetzgebende Gewalt. Nur durch eine Trennung der drei Gewalten kann gewährleistet werden, dass die Richter unbeeinflusst und unabhängig von ihrer Arbeit nachgehen können. Sie dienen nur dem Recht und Gesetz und dürfen ihres Amtes nicht ohne ihre Zustimmung enthoben werden, solange sie selbst nicht gegen das Gesetz verstoßen. Weiterhin muss sichergestellt sein, dass die Justiz ein *Rechtssprechungsmonopol* besitzt. Denn was nützt es, wenn ein Angeklagter vom Richter freigesprochen und anschließend trotzdem von der Polizei festgenommen wird? In einem funktionierenden Rechtsstaat setzt jedes Eindringen der Polizei, des Militärs oder der Gendarmen in die Privatsphäre eines Bürgers die Ermächtigung eines Richters voraus.

Ein weiteres Grundprinzip ist die *Rechtssicherheit*, welche jede Tätigkeit des Staates messbar und voraussehbar macht. Die Staatsbürger sind sowohl darüber informiert, was der Staat tun darf, als auch darüber, was ihnen selbst erlaubt und untersagt ist. Niemand darf ohne gesetzliche Grundlage bestraft werden und rückwirkende Gesetze sind generell nicht möglich. An das Prinzip der Rechtssicherheit gekoppelt ist die *Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*. Diese darf nur in dem Rahmen tätig werden, der ihr von der Parlamentsmehrheit eröffnet wurde. Jede Aktion von Seiten des Staates ist demnach auf ein Gesetz zurückführbar, welches wiederum demokratisch legitimiert ist. Diese Regelung ist verbunden mit der *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Die Kontrolle durch die Justiz soll sicherstellen, dass sich die Verwaltung an das Gesetz hält. Jeder Bürger, der einen

Verwaltungsakt als unrechtmäßig ansieht, kann sich mit seinem Widerspruch an die Justiz wenden und so eine Nachprüfung des betreffenden Verwaltungsaktes erzwingen.

Da die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung eine leere Formel wäre, wenn der Gesetzgeber ohne Einschränkung handeln könnte, wird einem möglichen Missbrauch der Befugnisse durch den Vorrang der Verfassung vor dem Gesetz vorgebeugt. Ein Rechtsstaat bindet also die Politik an Gesetz und Recht, unterstellt jede staatliche Machtausübung einer gerichtlichen Kontrolle und sichert dadurch die Freiheit der Bürger.

2.4 Gewaltenteilung

In einem Staat bestehen drei Staatsgewalten:

- die gesetzgebende Legislative erarbeitet und adoptiert die Gesetze,
- die vollziehende Exekutive setzt die Gesetze und die Regierungspolitik um,
- die rechtsprechende Judikative stellt den legalen Rahmen für die Machtausübung dar.

Vielleicht weißt du bereits, dass unter Gewaltenteilung die „Aufteilung“ der Staatsgewalt in diese drei Gewalten zu verstehen ist. In einem demokratischen Staat kann die staatliche Macht an erster Stelle durch sich selbst wirksam kontrolliert und beeinflusst werden. Die staatliche Macht muss daher also auf mehrere Organe verteilt werden.

Wie die Staatsgewalt auf die unterschiedlichen Organe verteilt wird und welche Kompetenzen diese erhalten, ist meistens in der *Verfassung* eines Landes festgeschrieben.

Es gibt in der Regel zwei Regierungssysteme, zwischen denen unterschieden wird, den „Parlamentarismus“ und den „Präsidentialismus“. Diese treten in einigen Ländern auch in gemischten Formen auf. Aber das Ziel dieser Broschüre ist es ja nicht, Dich weiter zu verwirren, sondern Klarheit zu schaffen! Dementsprechend gehen wir nur auf diese beiden Systeme einzeln ein, um Dir zu zeigen, wie unterschiedlich die Beziehung von Legislative und Exekutive sein kann.

In Regierungen des Parlamentarismus geht die Regierung aus dem von der Bevölkerung gewählten Parlament hervor. Die regierenden Minister können also ein Doppelmandat tragen. Die Regierung wird durch das Parlament gestellt und kann von ihm auch jederzeit abberufen werden. Die Kompetenzen der Regierung und des Parlaments gehen ineinander über. Es ist in der Regel die Regierung, die Gesetzesvorlagen erarbeitet. Sie kann über deren Annahme allerdings nicht selbst entscheiden. Über jeden Gesetzesentwurf stimmt das Parlament ab. Die Regierung ist somit in der Annahme ihrer Gesetzesvorschläge vom Parlament abhängig. Die politischen Parteien haben eine starke Stellung, da eine Mehrheit im Parlament Voraussetzung für den Einzug in die Regierung ist. Im Parlament spielt die Opposition als zusätzliche Instanz der Machtkontrolle eine sehr wichtige Rolle. Insgesamt wird der Parlamentarismus durch die Vorstellung getragen, dass Regierung und Parlament gemeinsam handeln sollten. Das Regierungssystem des Parlamentarismus findet neben anderen Ländern in Großbritannien und Deutschland Anwendung.

Ganz anders konstruiert ist das Regierungssystem des Präsidentialismus, deren berühmtestes Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika sind. Hier werden die Legislative und die Exekutive sowohl institutionell als auch aufgabentechnisch voneinander getrennt. Der

Präsident als vollziehende und der Kongress als gesetzgebende Gewalt werden in unterschiedlichen Wahlen in ihr Amt berufen. Mitglieder der Regierung dürfen keine Sitze im amerikanischen Kongress innehaben. Anders als im Parlamentarismus hat der Kongress gegenüber dem Präsidenten kein Abberufungsrecht, es sei denn dieser macht sich einer illegalen Handlung strafbar. Der Präsident wiederum darf den Kongress nicht auflösen und hat nicht das Recht, Gesetzesinitiativen einzureichen. Politische Parteien spielen in diesem Regierungssystem eine vergleichsweise geringe Rolle.

Dieses Modell wird durch die Vorstellung getragen, dass gegenseitige Kontrolle am besten realisierbar ist, wenn Legislative und Exekutive streng voneinander getrennt sind.

Es gibt kein allgemeingültiges Rezept für die Organisation der Gewaltenteilung in einer modernen Demokratie. Am Wichtigsten ist jedoch, dass sich die Staatsgewalt nicht in der Hand einer einzelnen Person oder einer kleinen Gruppe befindet, da dies in den meisten Fällen zu Machtmissbrauch führt.

In Madagaskar haben die nacheinander folgenden Staatspräsidenten je nach Persönlichkeitsprofil und Machtinteresse „ihren Präsidialismus“ in der Verfassung fixiert und angewandt. In den Jahren 1993 bis 1996 ist ein Versuch gescheitert, Elemente des Parlamentarismus einzuführen. Der Versuch endete mit der Amtsenthebung des Präsidenten durch das Parlament.

2.5 Das Parlament

Auch wenn in Demokratien die Machtverteilungen zwischen Parlament und Regierung sehr unterschiedlich sein können, haben Parlamente grundsätzlich immer die gleichen Funktionen. Sie erfüllen eine *Gesetzgebungsfunktion*. Sie besitzen das Recht, Gesetzesvorschläge einzubringen. In parlamentarischen Regierungssystemen wird dieses Recht oft von der Regierung wahrgenommen, da sie die Mehrheit im Parlament stellt und die Chance, dass das Gesetz angenommen wird, für sie am größten ist. In der Regel genügt für die Annahme eines Gesetzes eine relative Mehrheit. Gesetze, die hingegen wichtige Themen wie die Verfassung betreffen, benötigen oft eine zwei Drittel Mehrheit oder eine Volksabstimmung, um Gültigkeit zu erlangen.

Wie bereits im letzten Kapitel ausgeführt, besitzt das Parlament gegenüber der Regierung eine *Kontrollfunktion*. Bei Zweifeln hinsichtlich der Arbeit der Regierung kann das Parlament Untersuchungskommissionen gründen oder Untersuchungen durch die Judikative anordnen. Im parlamentarischen System ist es der Nationalversammlung außerdem möglich, die Regierung abzuwählen. In diesem System findet die Kontrolle eher zwischen der Regierung und der Opposition und weniger zwischen Legislative und Judikative statt.

Des Weiteren zeichnen sich Parlamente durch die *Artikulations- und Willensbildungsfunktion* aus. Dies bedeutet:

- die Abgeordneten artikulieren den Willen der Bevölkerung, da diese durch sie repräsentiert wird.
- die Abgeordneten versuchen, die Bevölkerung durch öffentliche Sitzungen, Berichterstattung in den Medien und gezielte Veranstaltungen über ihre Arbeit zu informieren und sie gleichzeitig bei ihrer Willensbildung zu unterstützen.

Eine vierte Funktion, die *Wahlfunktion*, trifft lediglich auf die Nationalversammlungen von parlamentarischen Regierungssystemen zu. Hier sind es die Abgeordneten, die den Regierungschef und in einigen Fällen die gesamte Regierung wählen und abwählen. Abgeordnete wählen in einigen Ländern auch die Mitglieder des obersten Gerichts.

Was das Parlament im Allgemeinen für Funktionen hat, ist jetzt klar. Aber welche Aufgaben kommen eigentlich den einzelnen Abgeordneten oder, im Fall einer zweiten Kammer, den Senatoren zu? Abgeordnete werden als Vertreter des gesamten Volkes ins Parlament gewählt, und zwar nach dem Prinzip: "Ein Bürger, eine Stimme!". Daher wird die Anzahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen proportional zur Bevölkerungsanzahl fixiert.

Sicherlich hast Du Dich schon mal gefragt was unsere Abgeordneten den langen Tag über machen. In der Regel sind sie einer Doppelbelastung ausgesetzt, da sie einerseits im Parlament und andererseits in ihrem Wahlkreis Präsenz zeigen müssen.

In ihrem Wahlkreis nehmen sie lokale Termine mit Organisationen oder anderen Institutionen wahr, führen Sprechstunden durch und versuchen in direkten Gesprächen mit den Bürgern die Probleme vor Ort zu verstehen.

Die Arbeit im Parlament beschränkt sich nicht alleine auf die Versammlungen, an denen alle Abgeordneten beteiligt sind. Zusätzlich gibt es zahlreiche Arbeitskreise und –Gruppen, Fachausschüsse und Kommissionen, die einen Teil des Arbeitsalltags ausmachen. In die Fachausschüsse werden in der Regel Experten eingeladen, welche ihr Wissen zu einem bestimmten Thema vortragen. Anschließend werden Standpunkte diskutiert und gemeinsame Positionen erarbeitet. Gesetzesentwürfe werden hier bereits besprochen und verfasst bevor sie in der Versammlung diskutiert werden. Abgeordnete stehen in den meisten Ländern unter dem Schutz der Immunität, um sie vor der Willkür der Exekutive zu schützen. Immunität bedeutet, dass Abgeordnete für die Zeit, in der sie ihr Amt innehalten, keinen Strafverfolgungen ausgesetzt sind.

Man unterscheidet zwischen zwei politischen Prinzipien innerhalb einer Demokratie, die einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsweise der Abgeordneten haben: das *Mehrheits-* oder *Konkurrenzprinzip* und das *Konsensprinzip*.

Das Mehrheits- oder Konkurrenzprinzip bedeutet, dass Entscheidungen durch den Mehrheitsentscheid gefällt werden. In der Regel gibt es in diesem System eine Vielzahl von politischen Parteien, die zueinander im Wettbewerb stehen. Vorteilhaft ist hier, dass Entscheidungen schnell getroffen werden können und die Regierung effizient arbeiten kann. Im Normalfall gibt es hier dem Parlament vorgelagerte Mechanismen und Strukturen, um Interessen von Minderheiten in die parlamentarischen Entscheidungsprozesse einzubringen und zu berücksichtigen.

Nach dem Konsensprinzip werden möglichst viele Akteure in politische Prozesse einbezogen. Es wird versucht, Entscheidungen durch einen Konsens zu treffen (http://www.hsl.ethz.ch/pdfs/2003_4_S17_Papadopoulos.pdf). Dies hat den Vorteil, dass niemand in seiner Meinung übergangen wird. Gleichzeitig setzt diese Art der Entscheidungsfindung lange Diskussionen voraus und gibt Minderheitsgruppen die Möglichkeit, ihre Interessen in den Diskussionsprozess einzubringen.

2.6 Demokratischer Pluralismus

In Demokratien wird der Pluralismus als Ordnungsform betrachtet und praktiziert. Im Bereich der Politik bedeutet Pluralismus, dass es innerhalb einer Gesellschaft eine Vielzahl frei gebildeter Interessengruppen und Interessenverbände gibt, die sich in gegenseitiger Konkurrenz um gesellschaftlichen und politischen Einfluss befinden. Diese Gruppierungen können politischer, wirtschaftlicher, religiöser, ethnischer oder anderer Natur sein. Die Gesamtheit solcher Gruppierungen bildet die Zivilgesellschaft. Eine pluralistische Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass alle Positionen, so verschieden sie auch sein mögen, respektiert, akzeptiert und anerkannt werden und ihre Verbreitung und Durchsetzung nicht unterdrückt wird. Der Pluralismus basiert auf konfliktiven Diskussionen, deren Ergebnisse oft auf Kompromissen beruhen und dadurch für alle beteiligten Gruppierungen zufrieden stellend oder zumindest akzeptabel sind. Im Pluralismus erhalten Dialoge, Meinungsaustausche und Diskussionen sowie die in diesen geäußerten und debattierten Ideen und Meinungen, so gegensätzlich, regierungskonträr oder oppositionsnah sie auch sein mögen, einen konstruktiven Charakter im Sinne des Meinungs- und Willenbildungsprozesses innerhalb der Gesellschaft.

Du hast vielleicht schon öfter festgestellt, dass auch in einer pluralistischen Gesellschaft einige Interessengruppen stärker sind als andere und das Konkurrenzprinzip in der Realität nicht so reibungslos verläuft wie gerade beschrieben. Genau aus diesem Grund hat der Staat die Aufgabe, eventuelle Mängel im Konkurrenzsystem ausfindig zu machen und zu beheben. Es ist zum Beispiel möglich, schwächeren Interessenverbänden zusätzliche Hilfen einzuräumen, um sie wettbewerbsfähig zu machen. Diese regulierenden Maßnahmen des Staates sind in Maßen notwendig, um den Pluralismus zu erhalten.

In pluralistischen Gesellschaften existieren neben der Zivilgesellschaft, welche gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Einfluss hat, jene Gruppierungen, welche politische Ämter direkt anstreben: die politischen Parteien.

Du hast Dich, wie viele andere Bürger, sicherlich schon oft über politische Parteien ausgelassen, weil sie zum Beispiel eine Maßnahme angekündigt und hinterher nicht durchgesetzt haben. Trotz aller Kritik, die an der Arbeit von Parteien geübt werden kann, sind Parteien ein notwendiges und unabdingbares Element jeder Demokratie. Durch sie kann das Volk seine Souveränität ausüben, durch sie wird es überhaupt erst handlungsfähig. Die Alternative bestünde darin, als Volk einen Repräsentanten zu wählen und alle anfallenden Aufgaben der politischen Führung selbst zu übernehmen. Dies ist in heutigen Gesellschaften schlicht und ergreifend aufgrund ihrer Größe und der Komplexität der Themen nicht möglich. Stattdessen bedarf es politischen Gruppierungen, Parteien, die Kandidaten für Regierungsämter stellen, Lösungen für bestehende Probleme diskutieren und die Interessen ihrer Wählerschaft vertreten. Auf der einen Seite bilden sie also das Sprachrohr für die politischen Anschauungen und Zielvorstellungen der Bevölkerung. Auf der anderen Seite wirken die politischen Parteien entscheidend an der Willensbildung des Volkes mit, da sie dessen Einstellungen aufgreift, artikuliert und im Diskussionsprozess formt. Es reicht also nicht aus, Parteien als „Laufboten“ zu sehen, welche die Informationen von der Bevölkerung an die Regierung tragen. Darüber hinaus müssen sie als aktive Gruppierungen zur Willensbildung gesehen werden. Sie übernehmen zum Beispiel die Rolle des Vermittlers, wenn es einen Konflikt zwischen der Meinung des Volkes und der Meinung des Parlaments, der Regierung oder des Präsidenten gibt.

In der Regel schließen sich gleich gesinnte Menschen zusammen, um eine politische Partei zu gründen und ihre programmatischen Vorschläge in die Politik einzubringen. In einer pluralistischen Gesellschaft ist die Gründung von politischen Parteien frei. Jeder hat demnach das Recht, eine Partei zu bilden. In der Regel besitzen politische Parteien sowohl ein Grundsatzprogramm, welches ihre Wertvorstellungen und langfristigen Zielvorstellungen enthält, als auch ein Wahlprogramm. Dies ist eher kurzfristig orientiert.

Weil politischen Parteien innerhalb pluralistischer Gesellschaften wichtige Aufgaben zukommen, ist es wichtig, dass sie transparent und demokratisch organisiert sind. Dies beinhaltet zum einen, dass jeder Bürger sich einer politischen Partei anschließen kann und der Aufstieg innerhalb der Partei offen ist. Zum anderen muss die Parteisatzung festlegen, dass jedes Mitglied an der Erstellung der Parteilinie, der Wahl der Parteiführer und der Aufstellung der Kandidaten für politische und staatliche Ämter mitwirken kann. Neben den Funktionen der Artikulation von Volksinteressen und der Willensbildung sind es außerdem die Parteien, die das Personal für Regierungsämter stellen. Als Bindeglied zwischen dem Volk und dessen Repräsentanten bzw. den Regierenden sind Parteien genauso wenig aus der politischen Landschaft einer pluralistischen Gesellschaft wegzudenken, wie die zuvor genannten Interessenverbände und -gruppen.

2.7 Regierung und Opposition

Die Steuerung einer Gemeinschaft kann besser nur von einer Person oder einer kleinen Gruppe übernommen werden, solange die Gemeinschaft handlungsfähig sein soll. Im kleineren Rahmen hast Du das sicherlich schon einmal in Deinem Alltag erlebt. Wenn eine Klasse oder eine Seminargruppe etwas zu besprechen hat, wird meistens zu Beginn ein Diskussionsleiter ernannt, damit eine Struktur erhalten bleibt. Ohne diesen Leiter verläuft die Debatte meist unorganisiert und das Ergebnis bleibt oft aus. Überträgt man dieses Bild auf den Staat, wird deutlich, warum eine Regierung notwendig ist.

Die Regierung, die stets von der parlamentarischen oder präsidentialen Mehrheitspartei (mit oder ohne Koalition mit anderen Parteien) getragen wird, kann nur funktionieren, wenn es eine intakte und effiziente staatliche Verwaltung gibt, die deren Beschlüsse umsetzt. Die Verwaltung hilft einerseits bei der Ausarbeitung neuer Gesetze und andererseits bei ihrer Umsetzung. Man kann also sagen, dass staatliche Herrschaft nicht alleine durch die Regierung gegeben ist, sondern es auch den Sachverstand einer Verwaltung bedarf, um ein Land vernünftig zu steuern. Die Verwaltung ist in demokratischen Ländern institutionell, personalbezogen und ideologisch nicht identisch mit der Mehrheitspartei. Sie besteht fortdauernd, dem Staat und nicht der Mehrheitspartei dienend, unabhängig davon, welche Partei gerade die Mehrheit hat und regierungstragend ist.

Neben der Regierung besteht in einem demokratisch verfassten Staat auch immer eine Opposition. Bei den Wahlen und in den verschiedenen staatlichen Organen (Parlament, Senat, Regional- und Kommunalräte usw.) stehen sich in den meisten Fällen die Regierungspartei oder –Koalition und eine oder mehrere Oppositionsparteien gegenüber.

Die Opposition kontrolliert die Regierung. Sie ist notwendig um einen kontroversen Meinungs austausch zu garantieren. Die Demokratie erhält ihre Dynamik genau aus diesem fortwährenden Konflikt von Meinungen und den daraus entstehenden Diskussionen. Vielleicht fragst Du Dich jetzt seit wann Konflikte positiv sind? Aber erst durch eine uneingeschränkte Diskussion, in der jede Meinung zugelassen ist, können alle Perspektiven

eingebraucht und daraufhin die beste Lösung gefunden werden. In einem madagassischen Sprichwort heisst es dazu „*Ny hevitra ny maro mahataka-davitra*“ (etwa: „die Meinungen vieler Menschen erweitern den Horizont“)

Die größte Oppositionspartei ist im besten Fall immer auch die mögliche zukünftige Mehrheitspartei und übt dadurch schon Druck auf die Regierung aus. Sie kritisiert die aktuelle Regierungspartei in ihren Maßnahmen und versucht gleichzeitig ihr eigenes Programm zu präsentieren. Im parlamentarischen Alltag kann die Opposition direkten Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Verfassungsänderungen sind in der Regel nur mit ihrer Zustimmung möglich und mit Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen kann sie auch andere Gesetzesentwürfe der Regierung entscheidend abwandeln. Ihre Aufgabe ist es zum einen, die von der Regierung nicht berücksichtigten Interessen zur Sprache zu bringen und zum anderen für eine freie und umfassende Diskussion aller relevanten Probleme zu sorgen.

Um all diese Erwartungen erfüllen zu können, benötigt die Opposition parlamentarische Rechte. Es darf für die Mehrheitspartei nicht möglich sein, die Geschäftsordnung so zu ändern, dass für die Opposition ein Nachteil entsteht. Die Opposition muss die Möglichkeit besitzen, die Regierungspartei zur Rede zu stellen und ihre Kritik zu äußern. Wichtig ist außerdem, dass die Oppositionspartei im Wahlkampf die gleichen Chancen hat wie die Regierungspartei. Das bedeutet im Einzelnen, dass sie den gleichen Zugang zu Presse, Rundfunk und Fernsehen hat und ihr Programm uneingeschränkt auf der Strasse präsentieren darf. Trotz aller Rechte ist ein faires Spiel zwischen Regierung und Opposition nur möglich, wenn beide Seiten die demokratischen Grundsätze respektieren und den Willen mitbringen, auch danach zu handeln.

Die Rahmenbedingungen für die Oppositionsarbeit sind jetzt aufgeführt. Bestimmt hast Du dennoch an der einen oder anderen Stelle das Gefühl, dass es in der Praxis nicht so problemlos läuft. Dieser Eindruck ist ganz richtig, denn Oppositionsarbeit, auch in modernen Demokratien, ist nicht ganz einfach.

Es kann passieren, dass eine Partei über Jahre auf Seite der Opposition verharrt und mit der Zeit die Motivation verliert, lebhafte Diskussionen zu führen und ihr eigenes Programm zu präsentieren. Gleichzeitig ist die Opposition durch verschiedene Gruppeninteressen immer wieder gezwungen, mit der Regierungspartei zusammen zu arbeiten. Durch diese Kooperation kann die Opposition ihre Rolle als Kontrollinstanz leicht übergehen. Des Weiteren sind Gesetzestexte heutzutage derart komplex und kompliziert, dass es eines umfangreichen Tatsachenwissens und erstklassigen Informationen bedarf, um sie zu erstellen. Die Regierung hat hier einen großen Vorteil: Sie kann auf die Arbeit der Verwaltung zurückgreifen. Für die Opposition, die oftmals nur über eine geringe Zahl von Experten verfügt, ist es weitaus schwieriger, Gesetzestexte einzubringen.

Die wirksamste Unterstützung für eine funktionierende Opposition ist eine selbstbewusste und kritische Öffentlichkeit. In einer Gesellschaft, in der parlamentarische Konflikte als etwas Produktives angesehen werden, kann die Opposition ihre Ideen einbringen und die Demokratie entscheidend mitgestalten. Es kommt also dem Volk die Rolle des Schiedsrichters zu, denn es sind die Bürger, die in periodischen Abständen erneut die Regierung wählen. Dabei kann in Demokratien jeder Bürger je nach seinen Interessenlagen und seiner Überzeugung einer Oppositionspartei frei und angstlos beitreten und angehören. Dies ist Teil des bürgerlichen Grundrechts und wird dadurch gewährleistet, dass u.a. die

Opposition ihre Ideen, Meinungen und Gesellschaftsentwürfe den Bürgern frei vorstellen darf und kann. Damit haben und kennen Bürger Alternativen zu den Regierungsangeboten. Der Bürger kann also in Demokratien frei wählen: Es stehen ihm dabei stets mehrere Optionen zur Auswahl.

In vielen Ländern Afrikas, die den Weg der demokratischen Transformation zu Ende der 80er Jahre einschlugen, bildet die sogenannte „Oppositionscharta“ oder „Oppositionsstatut“ die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Opposition. Damit wird versucht Oppositionsparteien vor der Willkür der Exekutive und der Mehrheitspartei zu schützen und allen Parteien – regierende und Oppositionsparteien - die gleichen Chancen im demokratischen Wettbewerb zu geben. Dazu gehören insbesondere Regelungen zur Parteienfinanzierung, zu Rechten und Pflichten der Regierungs- und Oppositionsparteien und zum Zugang der Oppositionsparteien zu den staatlichen Medien.

In Madagaskar wurde das seit 1990 bestehende Parteiengesetz 2002 im Rahmen der „*états généraux des partis politiques*“ von allen Parteien als veraltet erkannt; es wurde aber bisher nicht geändert. Reformen des Wahlgesetzes stehen seit 2000 zur Debatte. Madagaskar besitzt keine Oppositionscharta.

2.8 Öffentlichkeit und freie Medien

Öffentlichkeit ist für die Demokratie von entscheidender Bedeutung. Du fragst Dich warum? Die öffentliche Meinung wird von einzelnen Staatsbürgern oder Gruppierungen gebildet, welche sich Gedanken über ihr Gemeinwesen machen. Sie äußern Kritik, Vorschläge oder Zustimmung, um die politische Willensbildung zu beeinflussen. Dabei kann nie von der einen öffentlichen Meinung die Rede sein.

In einer pluralistischen Gesellschaft gibt es immer mehrere Positionen. Die Öffentlichkeit ist also ein Instrument zur Kontrolle der Politiker, die das Land führen. Sie ist von großer Bedeutung für die Opposition, da diese erst durch die Öffentlichkeit ein Potenzial gegenüber der Regierung besitzt. Was könnte die Opposition groß verändern, wenn sie ihre Kritik nur in geschlossenen Räumen äußern könnte? Dadurch, dass die Opposition ihre Positionen und Meinungen öffentlich vertritt, gerät die Regierung unter Reaktionsdruck. Sie riskiert sonst eine Abwahl von Seiten der Bürger. Die Öffentlichkeit dient gleichfalls der gesamten Bevölkerung, um Kritik oder Anregungen hervorzubringen. Jeder Staatsbürger besitzt das Recht, Informationen zu sammeln und einen Teil zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen, indem er oder sie zum Beispiel Treffen zum Informationsaustausch organisiert. In diesem Zusammenhang spielen politische und soziale Menschenrechte eine große Rolle: Sowohl die Meinungs- als auch die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit ermöglichen den Bürgern, sich unbeeinflusst an der öffentlichen Meinungsbildung zu beteiligen. Die Öffentlichkeit ist also ein wichtiges Kontrollinstrument in einer Demokratie. Umgekehrt bedeutet es, dass nur jene Politiker, die sich dieser Öffentlichkeit stellen, ein ernsthaftes Interesse an den Bürgerinteressen haben können.

Durch wen wird die öffentliche Meinung, oder besser gesagt, die öffentlichen Meinungen artikuliert? Wie erfährst Du zum Beispiel, was sich täglich in der Politik abspielt? Und durch welche Instanzen bist Du über die aktuellen Kontroversen in der Gesellschaft informiert?

Hinsichtlich der Verbreitung von Meinungen und Positionen spielen die Medien, also Fernsehen, Radio und Zeitungen und immer mehr auch das Internet, eine entscheidende

Rolle. In der heutigen Gesellschaft kann die Kommunikation nur noch über die so genannten Massenmedien stattfinden. Informationsaustausch kann nicht mehr nur über direkte Gespräche stattfinden, da unsere Gesellschaften mittlerweile zu bevölkerungsreich sind. Besonders die politischen Parteien sind auf die Medien angewiesen, um der Bevölkerung ihre Vorhaben und Positionen näher zu bringen. Demokratien zeichnen sich nicht mehr durch die direkte Kommunikation, sondern eher durch die mediale Kommunikation aus. Genau aus diesem Grund werden die Medien als „Vierte Gewalt“ neben Judikative, Exekutive und Legislative bezeichnet. Sie stellen das wohl wichtigste Kontrollinstrument der Öffentlichkeit dar.

Kontrollierend können die Medien jedoch nur dann arbeiten, wenn sie nicht unter staatlichem Einfluss stehen. Hier spielt die Pressefreiheit als eine weitere politische Grundfreiheit eine wichtige Rolle. Weltweit gibt es viele gemeinnützige Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Pressefreiheit in allen Ländern zu beobachten und Journalisten, die sich auf Grund ihrer Recherchen bedroht fühlen, zu schützen. Vielleicht hast Du bereits von der Organisation „Freedom House“ gehört? Diese veröffentlicht in jährlichen Abständen den Bericht „Freedom of the press“, in dem die Presse in den verschiedenen Ländern als frei, teilweise frei oder unfrei eingestuft wird (www.freedomhouse.org).

Neben möglichen Einschränkungen durch den Staat gibt es auch eine medieninterne Entwicklung, welche eine pluralistische Berichterstattung im Sinne der Öffentlichkeit gefährdet. Sowohl in den Printmedien als auch in Rundfunk und Fernsehen bilden sich verstärkt Monopole: mehrere Zeitungen oder mehrere Fernsehsender stehen unter der Leitung des gleichen Unternehmens. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass heutzutage eine Menge Kapital und technisches Wissen erforderlich ist, um einen Fernsehsender oder eine Zeitung zu gründen. Die Folge ist, dass nicht jeder Bürger die Chance hat, in der Öffentlichkeit mitzuwirken. Die größere Sorge besteht allerdings darin, dass sich durch diese Konzentration Meinungsmonopole bilden, die keine pluralistische Berichterstattung, Meinungsäußerung, Meinungs- und Willensbildung mehr zulassen. Wenn man gleichzeitig bedenkt, dass die Medien oft als „Vierte Gewalt“ bezeichnet werden, ist diese Entwicklung bedenklich. Es gefährdet insbesondere die Etablierung einer pluralistischen Demokratie in Transformationsländern.

In Madagaskar besteht offiziell keine Pressezensur. Für die Opposition und „andersdenkende“ Bürger ist der Zugang zu staatlichen Medien nur sehr schwer bzw. so gut wie unmöglich. Radiostationen wurden geschlossen und Rundfunkprogramme wurden ausgesetzt oder gänzlich aufgehoben. Erfolgreiche Politiker verfügen über eigene moderne Medienunternehmen.

3. Demokratie erhält sich nicht von alleine!

Vielleicht ist bei Dir im vorherigen Teil der Eindruck entstanden, dass eine Demokratie, welche alle genannten Schlüsselemente beinhaltet, fest etabliert ist und für immer funktionieren wird. Man sollte die Demokratie jedoch nicht mit einer festen Konstruktion wie zum Beispiel einem stabil gebauten Haus gleichsetzen, welches über hunderte von Jahren bestehen bleibt.

Die Demokratie ist eher ein Prozess, welcher ständig am Leben erhalten und konsolidiert werden muss. Sie ist keine bloße Staatsform und keine bloßen Prozeduren und

Mechanismen. Es reicht also nicht aus, dass drei separate Staatsgewalten bestehen, dass sich Bürger als Abgeordnete zur Wahl stellt, oder dass alle fünf oder vier Jahre ein Staatspräsident oder Bürgermeister gewählt wird, dass mehrere politische Parteien existieren usw. Die Demokratie sollte durch die gesamte Bevölkerung und die gesamte politische Elite getragen werden. Sie kann sich nur etablieren und konsolidieren, wenn sie zu einer Überzeugung der ganzen Gesellschaft wird, wenn sich Denk- und Verhaltensweisen, sprich die politische Kultur, auf demokratische Werte basieren und orientieren.

Folgende Abschnitte informiert Dich über ausgewählte wichtige Elemente des demokratischen Konsolidierungsprozesses: Dezentralisierung, demokratische Grundwerte und Regierungsführung und schließlich politische Bildung.

3.1 Dezentralisierung

Wer entscheidet bei Dir, wenn zum Beispiel eine neue Straße oder ein neuer Markt gebaut oder erneuert werden soll? Sind es die lokalen, kommunalen oder regionalen Verantwortungsträger oder der zentrale Staat, sprich der Minister oder der Staatspräsident?

Bei der Dezentralisierung geht es darum, dass die Verwaltung eines Landes nicht zentralistisch angelegt ist, sondern dass Entscheidungsprozesse bis zu einem gewissen Grad auf die „grass root“ Ebene verlagert werden.

Es ist also sinnvoller, wenn gewisse Entscheidungen direkt in der Region getroffen werden, in der die Menschen direkt von deren Auswirkungen betroffen sind. Wenn das Regierungssystem so bevölkerungsnah organisiert ist, kann das die Identifikation der Menschen mit ihrer Region und dadurch auch die politische Partizipation steigern. Für die Menschen macht es weitaus mehr Sinn sich in der Politik zu beteiligen, wenn sie auch wirklich Entscheidungen treffen können, die sie selbst betreffen.

Im Rahmen der Dezentralisierung überträgt also der Zentralstaat Macht und Autorität auf außerhalb des Zentralstaates geschaffene, lokale und regionale Strukturen, damit diese planen, entscheiden und selbst verwalten können. Solche lokale und regionale Strukturen werden Gebietskörperschaften genannt. An der Spitze einer Gebietskörperschaft stehen Mandatsträger, die von der dort lebenden Bevölkerung gewählt werden. Parallel zu den Gebietskörperschaften bestehen administrative Strukturen, die den Zentralstaat auf lokaler Ebene repräsentieren, also von Staatsbeamten geleitet werden. Diese stehen für den Zentralstaat und kontrollieren und unterstützen gleichzeitig die gewählten lokalen Mandatsträger.

Die Gebietskörperschaften organisieren sich nach folgenden Prinzipien:

- Jene Angelegenheiten werden auf solcher Ebene geregelt, die den zu lösenden Problemen am nächsten liegen. Mit anderen Worten: Die Lösung von Problemen wird untergeordneten Ebenen überlassen, solange letztere die Probleme lösen können und wollen. Dies Prinzip nennt man das Subsidiaritätsprinzip.
- Es besteht keine administrative Unterstellung der Gebietskörperschaften gegenüber dem Zentralstaat und dessen lokalen Vertretern
- Die Gebietskörperschaften verwalten sich selbst.

- Die Gebietskörperschaften leben von der Partizipation ihrer Bevölkerung. Ihnen wurden Entscheidungsbefugnisse und Verantwortung übertragen.

Wenn ein Staat dezentral strukturiert ist, bedeutet das also, dass die Gebietskörperschaften Entscheidungsbefugnisse und Verantwortung übertragen bekommen. Dazu gehört auch, dass sie über eigene Finanzmittel verfügen.

Die Dezentralisierung ist hilfreich für die Festigung demokratischer Strukturen. Sie erleichtert maßgeblich den Zugang der Menschen zu politischen Entscheidungen. Sie erhöht die Motivation der Menschen, sich an der Politik zu beteiligen. Gerade in großen Ländern, wie Madagaskar beispielsweise, haben die Menschen, die fernab vom Regierungssitz und den angekoppelten politischen Strukturen wohnen, keine Möglichkeit, sich über die Wahlen hinaus an der Politik zu beteiligen, wenn es keine regionalen Strukturen gibt.

Aber Dezentralisierung bedeutet nicht, dass die zentrale Regierung unwichtig wird. Genau das Gegenteil ist der Fall, da die Regierung ausreichend politischen Willen und Hingabe zeigen muss, um eine derartige Veränderung bewirken zu können. Dezentralisierung ist nicht nur die Umstrukturierung der Verwaltung, sondern ein politischer Prozess der Veränderung. Neben der Verwaltung finden diese Veränderungen auf allen Ebenen und in allen Sektoren der Gesellschaft statt.

Beispiele für dezentral organisierte Staaten sind die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz Großbritannien und die USA. Madagaskar gehört zu einer solchen Ländergruppe, in denen zentralistische Organisationsstrukturen zur Tradition gehören, wie auch in Frankreich und anderen ehemaligen französischen Kolonien. In diesen Ländern befindet sich die Dezentralisierung stets im Spannungsfeld zwischen ihrer politischen und ihrer administrativen Dimension, zwischen dem Machttransfer an die Gebietskörperschaften und der zentralistischen Praxis der Regierenden.

3.2 Demokratische Regierungsführung

Die Regierungsführung ist die Ausübung von Macht und Autorität, um die Angelegenheiten eines Staates, einer Organisation oder Gesellschaft zu verwalten. Die demokratische Regierungsführung, auch gute Regierungsführung genannt, beruht auf der Umsetzung demokratischer Grundwerte bei der Machtausübung. Was sind denn die Grundwerte der Demokratie?

Da die Demokratie eine Überzeugung darstellt, orientiert sie sich auf grundlegende Werte, die den Menschen helfen, demokratische Transformationen umzusetzen und Demokratie leben zu lernen. Zu solchen Grundwerten zählen Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Pluralismus, Achtung von Minderheiten, Nichtgewaltanwendung, Dialog und Verhandlungen, freiwilliges Zusammenleben. Demokratie respektiert und berücksichtigt also möglichst die Interessen von Minderheiten im Rahmen der Durchsetzung der Mehrheitsentscheidungen.

Wichtigste Prinzipien guter Regierungsführung, die sich von den demokratischen Grundwerten ableiten lassen, sind Partizipation, Effizienz, Wirksamkeit, Verantwortlichkeit und Verantwortung, Rechenschaftslegung, Anpassungsfähigkeit, Transparenz, Rechtsstaat und Partizipation.

Eine gute Regierungsführung besitzt stets zwei Seiten:

- eine sozialpolitische und humane Dimension, die u.a. die Rolle und Funktion sowie die politische Partizipation der verschiedenen handelnden Akteure definiert, die Denk- und Verhaltensweisen und Leadership-Typen der Regierenden umfasst;
- eine technische Dimension, die u.a. administrative und finanzielle Normen und Prozeduren, Rechnungsführung, Evaluierungsindikatoren usw. definiert.

Je mehr die Regierungsführung die sozialpolitische Dimension vernachlässigt, desto mehr neigt sie zu technokratischen Ansätzen oder gar zu autoritären Führungs- und Leadership-Techniken. In den sich noch aufbauenden Demokratien kann es zu negativen Einstellungen der Bürger gegenüber den Regierenden und deren Politik führen.

Du hast sicherlich schon mitbekommen, dass eine gute Regierungsführung sich nicht nur auf den Staat bzw. die Regierenden beschränkt, sondern viele andere Akteure und Gruppen, die sich im Prozess der Demokratisierung und der Entwicklung beteiligen, dazugehören. Zu den agierenden Hauptakteuren gehören folglich neben dem (Zentral)Staat, die dezentralisierten Gebietskörperschaften, die politischen Parteien, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor sowie nicht zuletzt die einzelnen Bürger.

Im System guter Regierungsführung

- sind die Rollen klar definiert, voneinander getrennt und ausgeglichen auf die verschiedenen Akteure und Akteursgruppen verteilt, sowohl in den Gesetzestexten als auch in der Praxis.
- werden Interessen der verschiedenen Akteursgruppen mit den getroffenen Entscheidungen artikuliert.
- zeichnen sich die Regierenden in ihrer Machtausübung durch demokratische Verhaltensweisen und ein Leadership demokratischen Typus aus. Solche Verhaltensweisen sind z.B.: Achtung der demokratischen Grundwerte, Respekt des Andersdenkenden, Achtung der bestehenden Gesetze und Regeln, Toleranz, Fähigkeit und Bereitschaft zum Dialog und zu Diskussionen, Nichtgewaltanwendung.
- sind Bürger und andere Akteursgruppen aufgefordert, sich zu äußern, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und die bestehende Machtausübungspraxis der Regierenden zu kontrollieren.
- sind zwischen den beiden Lagern (Staatsträger und anderen Akteursgruppen) Kontrollmechanismen stets funktionstüchtig und transparent, Informations- und Kommunikationskanäle funktionieren reibungslos und wirksam.
- bestehen informelle und formelle funktionierende Partizipationsstrukturen für Konsultationen, Konzertationen, Dialoge und Verhandlungen, in denen sich alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen, Männer und Frauen, Jungen und Älteren, Minderheiten oder Mehrheiten sich frei und ungezwungen beteiligen dürfen und können.

Einen wirksamen Weg zur Institutionalisierung und Verinnerlichung demokratischer Grundwerte und Kulturelemente stellt die politische Bildung dar.

3.3 Politische Bildung

Das Engagement kann in Demokratien heutzutage zum Hauptproblem werden, wenn es nur in geringem Maße vorhanden ist. Ein anderer Begriff dafür ist die *Politikverdrossenheit*. Dies bedeutet, dass große Teile der Bevölkerung kein Interesse an der Politik haben, nicht an Wahlen teilnehmen und sich auch sonst nicht politisch engagieren. Man kann also von einer insgesamt negativen Einstellung gegenüber politischen Aktivitäten und Strukturen sprechen. Wodurch kann diese Politikverdrossenheit ausgelöst werden?

Es gibt mehrere Faktoren die dazu beitragen können:

- Erstens kann die Beziehung zwischen Wählern und Gewähltem gestört werden, wenn die Gewählten sich zum Beispiel nicht an Gesetze und Abmachungen halten. Auf Seiten der Wähler kann auf Grund dessen ein Misstrauen entstehen. Weiterhin können die Erwartungen der Wähler enttäuscht werden, wenn die Gewählten gar nicht oder nicht in angemessener Form auf anstehende Probleme reagieren. Beweise für ein gestörtes Verhältnis der beiden Seiten sind sinkende Mitgliederzahlen der politischen Parteien und eine sinkende Wahlbeteiligung. Diese ist besonders problematisch, da dadurch gleichzeitig auch die Legitimität der Politiker in Frage gestellt wird.
- Zweitens kann Politikverdrossenheit entstehen, wenn es bei zunehmender Komplexität politischer Prozesse nicht genug politische Bildung gibt. Wie zuvor beschrieben hat dies zur Folge, dass die Bevölkerung sich kein eigenes Urteil bilden und sich somit auch nicht in die Politik einbringen kann.
- Drittens haben Menschen oft das Gefühl, dass die verschiedenen Parteien sich auf Grund mangelnder Ideen nicht besonders unterscheiden und gehen in folge dessen nicht wählen.
- Viertens gibt es bei den Massenmedien immer die Tendenz, eher negativ als positiv über Ereignisse in der Politik zu berichten. Es gibt immer mehr unterhaltsame, aber oberflächliche Berichte anstatt wichtiger Informationen. Dieses Bild überträgt sich auf die Bevölkerung und hemmt die Motivation, sich politisch zu beteiligen.
- Fünftens sind Regeln und Institutionen teilweise so beschaffen sind, dass eine Beteiligung von Seiten der Bevölkerung erschwert wird.

In denjenigen Ländern, darunter Madagaskar und andere afrikanische Staaten, die Volksbewegungen im Rahmen der demokratischen Transition kannten, neigen enttäuschte Bevölkerungsteile zu radikalen Negativeinstellungen gegenüber Regierenden. Grund dafür sind die vom Volk geforderten und ihm versprochenen Reformen und Transformationen, welche aber nicht realisiert wurden. Meistens handelt es sich dabei neben sozialen und wirtschaftlichen Reformen, um grundlegende institutionelle Reformen (u.a. von Verfassung, Wahlgesetz, Parteiengesetz, Unabhängigkeit der Justiz, Regierungsführung, Dezentralisierung usw.). Dabei sind gerade solche Länder, die sich erst im demokratischen Transformationsprozess befinden, die sich keine Politikverdrossenheit und kein ziviles Ungehorsam leisten können, von guten Demokraten abhängig. Denn wer sonst soll die Demokratie aufbauen und die gesellschaftliche Entwicklung tragen?

Um das gesellschaftliche Engagement und das demokratische Wertebewusstsein zu festigen, insbesondere in sehr jungen Demokratien, ist politische Bildung notwendig. Politische

Bildung kann die politische Kultur im Sinne der Demokratie verändern. Doch was genau könntest Du durch politische Bildung lernen?

Neben der Ausbildung und Festigung eines demokratischen Wertbewusstseins geht es darum, die Grundstruktur der Politik besser zu verstehen. Denn wie solltest Du Dich zum Beispiel in die Politik einbringen, wenn Du gar keine Informationen darüber besitzt, wie sie funktioniert und wie man sich überhaupt engagieren kann? Es wird Orientierungswissen für die wichtigsten politischen Fragen vermittelt, damit die Menschen in der Lage sind, sich eine eigene Meinung zu einem Thema zu bilden. Hier zeigt sich genau das gleiche Problem: Wie sollte die Bevölkerung eigene Standpunkte zu Fragestellungen entwickeln und vertreten, wenn es keine öffentlich zugänglichen Informationen gibt? An dieser Stelle wird bereits sehr deutlich, dass der Wert von politischer Bildung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zusätzlich werden Kenntnisse zum Umgang mit Informationen und Medien vermittelt.

Im Wesentlichen wird politische Bildung zum einen durch den Staat getragen, zum Beispiel durch die Bereitstellung von „Politikunterricht“ an den Schulen, aber vor allem und an erster Stelle über die Machtausübungspraxis und den Leadership-Style der Staatsträger. Diese gelten nach wie vor als Muster für die allgemeine Bevölkerung in Sachen Umsetzung demokratischer Grundwerte. Zum zweiten engagieren sich auch Organisationen der Zivilgesellschaft in der politischen Bildung.

Insgesamt wird durch politische Bildung ein Grundwissen der Politik vermittelt. Dadurch soll sich bei den Menschen ein Verständnis für die Politik und politische Prozesse bilden. Mit diesem Wissen ist es ihnen hinterher möglich, eigenständige Urteile zu bilden und sich in der Politik zu engagieren. Politische Bildung betrifft in Demokratien nicht nur die allgemeine Bevölkerung oder die Jugend, sondern die ganze Gesellschaft, also auch die Intelligenz und die politische Elite. In Deutschland beispielsweise existieren hierfür „Volkshochschulen“ und politische Stiftungen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die älteste der deutschen politischen Stiftungen, zum Beispiel, macht sich u.a. zur Aufgabe, politische Bildung im Geiste der Demokratie für Bürger, politische Akteure und Nachwuchskräfte in allen Lebensbereichen zur Verfügung zu stellen. Dies tut sie unter anderem durch Bildungsveranstaltungen, Diskussionsforen und Begegnungen.

Aber auch diese Broschüre trägt mit dazu bei, dass Du informiert bist und mehr von Demokratie verstehst.

4. Gehört die Zukunft der Demokratie?

Heißt das nun, dass einzig in einer Demokratie Frieden, Wohlstand und Freiheit herrscht? Diese Frage wird wohl nicht so einfach zu beantworten sein. Klar ist aber, dass eine Demokratie viel dazu beitragen kann, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in einem Staat wohl fühlen, sich frei äußern können, die Wirtschaft wächst und die Sicherheit gewahrt ist.

In diesem Zusammenhang wird es immer wichtiger, dass auch einzelne Staaten miteinander kooperieren und versuchen, gemeinsame Standards für ihre Region oder ihren Kontinent zu entwickeln. Nur so kann es gelingen, dass Kriege verhindert werden und Anarchie und Chaos herrschen. Durch die modernen Kommunikationsmittel kann kaum ein Staat auf der Welt seine Bürger im Unklaren lassen, welche Rechte und Freiheiten in anderen Ländern herrschen. Will der Staat verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer Revolution,

einem Staatsstreich oder einer zivilen Ungehorsam versuchen, ebenfalls diese Rechte einzufordern, muss er ihnen diese bereits im Vorfeld gewähren.

Der Weg ist noch weit, dass alle Staaten dieser Erde demokratisch regiert werden und eben alle „Macht vom Volke“ ausgeht.

Viele Länder, darunter Madagaskar und andere afrikanische Staaten, haben Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre eine „Transition“ auf dem Wege der Demokratisierung durchgemacht. Die Ziele der Demokratisierung bestehen darin,

- autoritäre Macht- und Herrschaftsstrukturen zu ersetzen,
- neue Prozeduren, Mechanismen und Formen der Machtkontrolle und der gesellschaftlichen Partizipation aufzustellen, und nicht zuletzt
- die für die gesellschaftliche Entwicklung notwendigen sozialpolitischen Bedingungen zu schaffen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Demokratie einen Weg zur Entwicklung darstellt. Der Demokratisierungsprozess führt also zur Entwicklung über die Demokratie. Die neu geschaffenen Prozeduren, Mechanismen, Machtstrukturen und Entwicklungsbedingungen müssen hierfür selbstverständlich konsolidiert werden.

Als Schlüsselbereiche gelten dabei

- die Achtung und Förderung der Grundfreiheiten und –rechte,
- die Demokratisierung der Wahlen,
- die Förderung pluralistischer Medien sowie funktionierender Mehrparteiensysteme,
- die Herausbildung politischer Kulturen und einer Regierungsführung, die auf demokratischen Werten basieren,
- die Vertiefung der Dezentralisierung, und nicht zuletzt
- die Förderung eines schnellen und dauerhaften Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Berücksichtigung sozialer Interessenlagen in der Gesellschaft.

Daher betrifft die Festigung der Demokratie alle Interessengruppen, alle Bevölkerungsteile, alle gesellschaftlichen Bereiche und Akteure. Demokratie fordert eine ständige Beteiligung der Bürger, denn sie ist im Unterschied zu autokratischen Staatsformen, welche die Unterwürfigkeit der Untertanen verlangen, nur durch ihre selbstbewussten Bürger stark.

Untersuchungen haben ergeben, dass besonders Jugendlichen sich nicht von der Politik angesprochen fühlen. Ein Grund dafür ist, dass Jugendliche unter 18 Jahren meistens kein Mitspracherecht haben. Offensichtlich sind sie für die politischen Akteure „uninteressant“, da diese von den Jugendlichen nicht gewählt werden können. Bei fehlendem Mitspracherecht fehlt oft auch die Motivation, sich überhaupt einzubringen. Genau dies ist aber wichtig, da gerade Jugendliche die Werte einer Gesellschaft mitprägen können. Es gibt ganz unterschiedliche Wege, sich einzubringen.

Hast Du zum Beispiel schon einmal darüber nachgedacht einer Organisation beizutreten? Sich beteiligen bedeutet nicht unbedingt, dass man Politiker werden muss. Neben den staatlichen Institutionen braucht eine gesunde Demokratie einen Unterbau von

Organisationen wie zum Beispiel Parteien, Verbände, Vereine oder Bürgerinitiativen, welche die Demokratie unterstützen. Dabei geht es darum, freiwillig Verantwortung zu übernehmen und sich einzubringen.

Wenn Du etwas tun möchtest, könntest Du beispielsweise mal zu einer Fokontany- oder Vereins-Versammlung gehen, um zu schauen, worüber dort entschieden wird und vielleicht sogar deine eigene Meinung einbringen. Oder Du triffst Dich mit Freunden, um Informationen über politische Ereignisse auszutauschen und darüber zu diskutieren.

Bei der Beteiligung geht es darum, freiwillig Einfluss auf Entscheidungsprozesse auszuüben, egal auf welcher Ebene.

Nur so wird eine Demokratie konstruiert, verinnerlicht und am Leben erhalten! Auch Du und gerade

Du bist ein Akteur der Demokratie!

Bücher, Artikel und Weblinks

- www.freedomhouse.org
- http://www.africa-union.org/About_AU/au_in_a_nutshell.htm
- D@dalos: www.dadalos.org
- http://www.hsl.ethz.ch/pdfs/2003_4_S17_Papadopoulos.pdf
- United Nations Development Programme : Le rôle de la gouvernance et de la décentralisation dans la réduction de la pauvreté. Rapport national sur le développement humain, Madagascar 2000
- United Nations Development Programme : Approfondir la démocratie dans un monde fragmenté. Rapport mondial sur le développement humain, Bruxelles 2002.
- Merkel, Wolfgang (Hrg.): Systemwechsel 1, Theorien, Ansätze und Konzeption der Transitionsforschung, Opladen 1996
- Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996
- Meyer, Thomas / Breyer, Nicole (Hrg.): The future of social democracy, SAMSKRITI + FES, Bonn 2007